

Überblick

“Jeder hat das Recht auf Bildung.”

— ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

IN DER ÖFFENTLICHEN genießt das Recht auf Bildung nicht immer die größte Aufmerksamkeit. Andere grundlegende Menschenrechte – insbesondere jene, die sich auf das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit beziehen – erscheinen oft dringlicher. Und gerechterweise erfordern Fälle, in denen unschuldige Menschen hingerichtet, ins Gefängnis geworfen oder gefoltert werden, sofortige Aufmerksamkeit und Handeln.

Doch wenn einem Menschen das Recht auf Bildung verweigert wird, ist das auf lange Sicht gleichbedeutend mit der Verweigerung des Rechts, als ein freier und produktiver Mensch zu leben. Denn ohne Bildung wird der Einzelne in das Gefängnis seiner eigenen Unwissenheit verbannt, durch seinen Mangel an Möglichkeiten gefoltert und mit größter Wahrscheinlichkeit einem Leben in Armut, Unterentwicklung und Unterdrückung ausgeliefert.

Es ist eine schreckliche Tragödie, dass so viele Millionen Menschen in der ganzen Welt nicht in der Lage sind, ihr grundlegendes Recht auf Bildung geltend zu machen. In den meisten Fällen jedoch ist es nicht eine Frage des Willens, sondern der Ressourcen. Insbesondere in den Entwicklungsländern verfügen viele Regierungen einfach nicht über die Infrastruktur ihren Jugendlichen eine angemessene Ausbildung bereit zu stellen.

Doch handelt es sich um eine völlig andere

Angelegenheit, wenn eine Regierung vorsätzlich dem Volk - oder einem Teil der Bevölkerung - den Zugang zu Bildung vorenthält. Bedauerlicherweise ist dies im heutigen Iran der Fall.

Seit 1979 hat die Regierung des Iran systematisch versucht, der größten religiösen Minderheit im Land das Recht auf eine unbeschränkte Bildung vorzuenthalten. Insbesondere hat die

Die Anstrengungen der iranischen Regierung, den Bahá'í das Recht auf Bildung zu verweigern, können nur als eine koordinierte Aktion betrachtet werden, mit der die Bahá'í-Gemeinde als eine lebensfähige Gruppe in der iranischen Gesellschaft ausgeradiert werden soll.

Islamische Republik Iran seit mehr als 25 Jahren die Bahá'í-Gemeinde mit ihren 300.000 Mitgliedern von der Hochschulbildung ausgesperrt und jungen Bahá'í den Zugang zu Universitäten und Hochschulen verweigert. Die Regierung hat auch versucht, die Bemühungen der Bahá'í, eigene Bildungseinrichtungen aufzubauen, zunichte zu machen.

Dieses Vorgehen muss im breiteren Rahmen

der Verfolgung der iranischen Bahá'í-Gemeinde gesehen werden, die willkürliche Hinrichtungen, ungerechtfertigte Inhaftierungen, Beschlagnahmung von Eigentum und erhebliche Einschränkungen der Freiheit der Religionsausübung umfasst. Seit die islamische Regierung an die Macht kam, wurden mehr als 200 Bahá'í hingerichtet und hunderte gefangen genommen. Das Eigentum und die Geschäftsgrundlagen von Tausenden wurden beschlagnahmt. Sie wurden aus ihrer Arbeit entlassen und/oder ihre Renten wurden nicht mehr ausgezahlt. Heilige Stätten der Bahá'í wurden zerstört und die gewählten administrativen Strukturen der Gemeinde wurden aufgelöst. Den Bahá'í wurde noch eine Vielzahl weiterer Menschenrechte versagt, angefangen vom Recht auf Bewegungsfreiheit bis hin zu einfachen Erbrechten.

Vor diesem Hintergrund können die Anstrengungen der iranischen Regierung, den Bahá'í das Recht auf Bildung zu verweigern, nur als eine koordinierte Aktion betrachtet werden, mit der die Bahá'í-Gemeinde als eine lebensfähige Gruppe in der iranischen Gesellschaft ausgeradiert werden soll.

Tatsächlich offenbart eine sorgfältige Untersuchung der Verfolgung der Bahá'í-Gemeinde

im Iran, dass die iranische Regierung seit langem versucht, insbesondere den „Fortschritt und die Entwicklung“ der Gemeinde vollständig zu blockieren. Dies wurde auch in einem „geheimen“ Memorandum der Regierung ausgeführt, das 1993 an die Öffentlichkeit gelangte. [vgl. *Iran geheimer Unterdrückungsplan* Seite 9]

Angesichts eines internationalen Aufschreis über die eklatantesten Bestandteile ihrer Unterdrückungsstrategie hat die iranische Regierung in den letzten Jahren offensichtlich mit einer Mäßigung ihrer Menschenrechtsverletzungen reagiert. So wurden die Hinrichtungen und Verhaftungen von Bahá'í größtenteils ausgesetzt.

Dennoch zeigt eine unparteiische Einschätzung der Situation, dass die Regierung ihr ultimatives Vorhaben, die Bahá'í-Gemeinde zu zerstören, nicht aufgegeben hat und dieses Ziel auch weiterhin anstrebt, während sie gleichzeitig den Wirtschaftsaustausch und andere Formen einer vorteilhaften Behandlung durch den Westen sucht.

Nirgends tritt dies mehr zutage als bei den anhaltenden Anstrengungen der Regierung, die Bahá'í daran zu hindern, höhere Bildung zu erlangen.